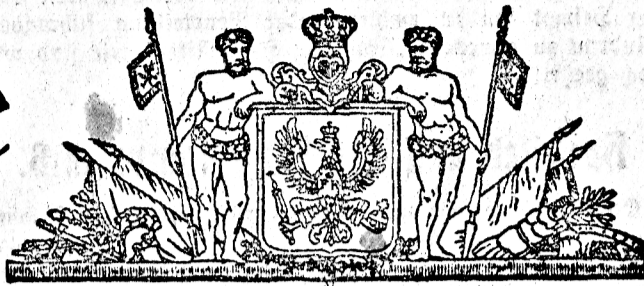


Wirtschaftliche



Zeitung

15 Pfennig

Begründet

1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): I. V. Rolf Galler in Berlin * Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 * Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 260, 15 261, 15 282 bis 15 291

Günstige Ausichten im Landarbeiterstreik.

Bevorstehende Aufhebung des Belagerungszustandes.

Die Lage im Landarbeiterstreik wird, wie wir hören, in Regierungskreisen heute als günstig angesehen. Das Reichsarbeitsministerium hat dem Vernehmen nach seine Befugnisse in dieser Angelegenheit vorübergehend dem preussischen Landwirtschaftsministerium übertragen. Die Aufhebung des Belagerungszustandes dürfte unmittelbar bevorstehen, ebenso ist die Inkrustierung des neuen Tarifs unter Umständen auch gegen den Willen der Arbeitnehmer in Aussicht genommen, wo sich die Notwendigkeit herausstellen sollte.

Ueber den Landarbeiterstreik liegen an amtlichen Berliner Stellen keine neuen Meldungen vor. Die Lage in der Provinz Pommern ist unverändert. In mehreren Orten sind kleinere Streiks von nur lokaler Bedeutung beigelegt worden. In fast allen Landkreisen sind Tarifverträge bereits abgeschlossen worden. Gestreikt wird insbesondere noch in Giralund und in Stettin, sowie auf einer Reihe von Gütern. Die aus Sachsen hieher gedrungenen Gerüchte entbehren jeder Begründung.

Die preussische Landesversammlung über den Streik.

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte und nach Beratung einiger kleiner Vorlagen trat heute mittags die Preussische Landesversammlung in die Besprechung der Interpellationen über den Landarbeiterstreik ein. Neben einer konservativen Interpellation über den Streik selbst lagen zwei weitere Interpellationen vor: eine der Reichsbauernvereine über die Massregelung organisierter Landarbeiter, eine der Unabhängigen über das Koalitionsrecht der Landarbeitervereine.

Das Haus ist nur schwach besetzt. Der Begründer der deutschen nationalen Interpellation, der Abg. Pfarrer Koch-Deynhausen, behauptete, man erst habe man die Revolution auf das Land getragen. Wenn der Streik auch nur 14 Tage dauern würde, so sei unsere Ernte gefährdet und damit das Schicksal des ganzen deutschen Volkes besiegelt. Es handele sich um eine kommunistische und heilswirtschaftliche Hege, und einer Regierung, die so wenig Charakterfestigkeit zeige und offenbar der Hege weder entgegenzutreten wolle und könne, könne keine Partei kein Vertrauen entgegenbringen.

Der zweite Interpellant, der sozialdemokratische Abg. Schmidt-Cöpenick, erklärte im Gegensatz dazu, die Landarbeiter sollten offenbar von den Konservativen eingefangen und ihre Bewegung als Vorwand für reaktionäre Zwecke benutzt werden. Der Pommersche Landbund vor allem habe seit Wochen geradezu auf den letzten Konflikt hingearbeitet.

Landwirtschaftsminister Braun, der mit seinen sämtlichen Mitgl. erschienen ist, hat sich bereit erklärt, die Interpellation sofort zu beantworten. — Für abends 9 Uhr ist eine Abend Sitzung in Aussicht genommen.

Die Streiklage in Pommern.

Greifswald, 17. Juli. (W. L. B.)

Der für heute morgen angekündigte Beginn des Generalstreiks in Greifswald ist hinausgeschoben worden, weil vom Oberpräsidium Stettin Maßnahmen ergriffen worden sind, die die Aufhebung des Belagerungszustandes im Auge haben. Vom Oberpräsidium in Stettin wird mitgeteilt, daß die Aufhebung des Belagerungszustandes im Stadtkreis Greifswald, im Landkreis Greifswald, im Landkreis Grimmen und auf der Insel Rügen binnen 24 Stunden angeordnet wird. Infolgedessen hat sich die Arbeiterschaft wieder beruhigt.

In Stralsund wird der Abwehrstreik der Bürgerwehr sehr scharf durchgeführt. Telephongespräche mit Stralsund und Selegamme können nicht durchgeführt werden, da nur militärische Gespräche mit Stralsund zugelassen sind. Auch die Postbeamten haben sich dem Zustand angeschlossen.

Stettin, 17. Juli. (W. L. B.)

Der Bürgerstreik zur Abwehr des Generalstreiks der Arbeiterschaft in Stettin hat heute begonnen. Die Arbeiterschaft in Stettin hat heute begonnen. Die Arbeiterschaft in Stettin hat heute begonnen.

Bäden, auch die Lebensmittelgeschäfte und Kontore, sind geschlossen, ebenso sämtliche Apotheken und die Volksküchen. Auch die Metzger verweigern die Hilfeleistung. Das Elektrizitätswert ist im Betriebe. Dagegen gibt es weder Gas noch Leitungswasser. Die Straßenspinnen sind meist bereits leer. Der Eisenbahnverkehr geht bis jetzt noch weiter. Auch die Postbeamten tun Dienst. Der Dampferverkehr nach den Seebädern mußte bereits gestern trotz der Arbeitswilligkeit der Schiffsbesatzungen eingestellt werden, da die Streikenden die Abfahrt der Dampfer gewaltsam zu verhindern drohten. Für heute abend 6 Uhr werden die Arbeiter und Angestellten vom Streikausbruch durch Flugblätter zu Verhandlungen nach verschiedenen Lokalen der Stadt berufen. Gesprochen wird über das Thema: „Grund und Ziel des Generalstreiks“.

Französische Note über die Tötung des Sergeanten Manheim.

Eine Antwortnote der deutschen Regierung.

Wie wir hören, ist bei der Regierung die Note des Marschalls über die Tötung des französischen Sergeanten Manheim eingegangen. Es wird darin eine Beschleunigung des Gerichtsverfahrens eine Entschädigung der deutschen Regierung wegen des Vorfalls, die Uebernahme der Bestattungskosten durch Deutschland, eine Entschädigung von 100 000 Franken für die Hinterbliebenen des Sergeanten und eine Rufe von einer Million Franken in Gold seitens der Stadt Berlin verlangt.

Die deutsche Regierung bemerkt hierzu, daß zur Klärung der Angelegenheit bereits Maßnahmen ergriffen worden sind, daß weiter sofort nach Bekanntwerden des Vorfalls der Gesandte Saniel bei der spanischen Botschaft in Berlin das Bedauern der Regierung ausgesprochen, außerdem Herr v. Bersner in Versailles Entschuldigungsnoten übergeben hat und daß sich die deutsche Regierung auch bereit erklärt hat, die Kosten für die Bestattung des Sergeanten zu übernehmen.

Eine Antwortnote der deutschen Regierung ist heute vormittag dem Kabinett zur Genehmigung vorgelegt worden. Es werden darin die angebotenen Maßnahmen der deutschen Regierung hervorgehoben, und es wird Stellung zu der Frage der Entschädigung und der Rufe genommen. Der Inhalt der deutschen Note wird sofort nach ihrer Uebersetzung an die französische Regierung mitgeteilt werden.

Rücktritt des spanischen Kabinetts.

Drahtmeldung der „Polischen Zeitung“.

Rotterdam, 17. Juli.

Nach einer Reuter-Meldung aus Madrid beschloß die Regierung in der Nacht zum 15. d. M., infolge der Abstimmung der Kammer über die Wahlstrebungen zurückzutreten. Maura wird dem Könige bei dessen Rückkehr aus Santander sein Rücktrittsgesuch einreichen. — Die „Times“ meldet aus Madrid, daß der König die Demission Murras bereits angenommen und Dato zu sich entboten habe.

Das Kabinett Maura ist nur vier Monate im Amt gewesen. Dato, der auch bereits wiederholt Ministerpräsident war, gehört gleichfalls der konservativen Partei an, deren Vorkämpfer er innehat, seit Maura ihn 1913 niederlegte. Der Wechsel der Ministerien geschieht in Spanien fast mit genauer Regelmäßigkeit, und als Nachfolger eines zurücktretenden Ministerpräsidenten kommt stets nur einer seiner Vorgänger in Frage.

Graf Wedels Abschied von Wien.

Wien, 18. Juli.

Der bisherige deutsche Botschafter in Wien Graf Wedel äußerte sich beim Abschied dem Herausgeber der „Politischen Korrespondenz“ gegenüber über die Anschlussfrage. Erst der Frieden von St. Germain werde erkennen lassen, welche Möglichkeiten für die Beziehungen zwischen Deutschland und Deutsch-Österreich offen stehen. Innige Freundschaft werde die Länder verbinden bis zur völligen Einigung, die eine Naturnotwendigkeit sei. Die erste Aufgabe Deutschlands werde sein, Deutsch-Österreich im kommenden Winter trotz seiner eigenen schwierigen Lage mit Lebensmitteln und Kohlen kräftig zu unterstützen. Alle anderen Bewerber würden gegen unsere deutsch-österreichischen Brüder zurücktreten müssen. Wedel werde er sich in Venedig einrichten.

Gesandtenwechsel.

Von gut unterrichteter Seite wird uns geschrieben:

Während Deutschland für jeden Beschauer, der nicht nur nach äußeren Erscheinungen, sondern auch nach innerer Umgestaltung urteilt, mit einer Gründlichkeit revolutioniert hat, wie kein anderes Land, hat es eine Reichsbehörde, und zwar eine der wichtigsten, verstanden, sich allen Veränderungen zum Trotz ziemlich unverändert zu erhalten; sowohl in bezug auf die bei ihr maßgebenden Personen, als auf deren Anschauungen. Dies ist das Auswärtige Amt.

Es haben freilich die jeweiligen neuen Leiter dieses Amtes meist erklärt, daß sie eine wesentliche Neugestaltung ihrer Behörde beabsichtigten, aber wenn man sich erinnert, daß der auch in dieser Beziehung als Messias begrüßte Herr von Kühlmann mit ganz ähnlichen Versprechungen in die Öffentlichkeit getreten ist, und doch alles beim alten blieb, so kann man sich der Befürchtung nicht erwehren, daß es sich in der Hauptsache um „Reformen“ handelt, wie sie seinerzeit die Türkei periodisch zu versprechen pflegte.

An dieser Befürchtung kann auch die Nachricht nichts ändern, daß einzelne Gesandtenposten neu besetzt werden sollen. Das ist, wenn man sich z. B. die Leistungen unserer Gesandtschaft in den neutralen Ländern während des Krieges vor Augen hält, wirklich das Mindeste, was verlangt werden kann, von den Leistungen unserer politischen Vertreter vor dem Kriege in uns feindlich gewordenen Ländern ganz zu schweigen.

Soll wirklich ein neuer Geist in unsere verstaubten Gesandtschaften einziehen, sollen wirklich unsere Feinde glauben, daß Deutschland revolutioniert hat, so müssen im praktischen oder parlamentarischen Leben stehende, von kräftigem und ehrlichem Willen besetzte Männer an die Spitze der einzelnen deutschen Missionen gestellt werden, nicht Leute, die schon bisher als deutsche Diplomaten dem Auslande bekannt waren.

Über auch das bisherige Beamtenpersonal unserer Botschaften, d. h. der diplomatische Nachwuchs, muß weitestgehend ersetzt werden. Wie schon Bismarck erklären mußte, den Widerstand seiner Geheimgenossen nicht überwinden zu können, so wird ein Nichtkünstler als Gesandter nur zu leicht der auf Routine beruhenden Sachverständigkeit seines künstlerischen Geschäftsträgers oder seiner Attachés zum Opfer fallen und alles mehr oder weniger beim alten bleiben. Es ist ja nur zu natürlich, daß selbst ein tatkräftiger Mann den vielen Kleinen, von den alten Routiniers zu Wichtigkeiten gestempelten Formalitäten Rechnung tragen zu müssen glaubt. Mit dem Eingehen auf diese Formalitäten geht dann sehr oft der ursprünglich beabsichtigte Inhalt und die Wirkung verloren. Hier kann das Goethesche Wort: „Der Tor bläst ein, der Weise spricht,“ nur zu leicht praktische Geltung bekommen.

Zweifelloso würden bei einer derartig durchgreifenden Aenderung unserer Auslandsmissionen einzelne formale Maßgriffe nicht ausbleiben, wie dies z. B. bei amerikanischen Gesandtschaften an der Tagesordnung ist; aber gerade die amerikanischen Diplomaten haben bewiesen, wie gering derartige Verstöße einzuschlagen sind, da sie den Erfolg ihrer Arbeit nicht in Frage stellten. Mit der Ueberschätzung des Postens muß bei uns, insbesondere auch im Auswärtigen Amt, endlich aufgeräumt werden. Dafür sind Kenntnisse und vor allem Bestrebungen zu verlangen.

Prüft man den Durchschnitt unseres heutigen diplomatischen Beamtenmaterials auf Kenntnisse, so wird man eben den in unseren wohlhabenden Klassen üblichen Sprachkenntnissen auf die durchschnittliche juristische Vorbildung stoßen, soweit es sich um Herren handelt, die das Assessorenexamen gemacht haben. Diese Kenntnisse leiden aber bei unseren Diplomaten an dem Mangel, daß eine wirkliche Ausübung meist unterblieben ist, so daß man hier ruhig von einem juristischen Dilettantismus sprechen kann. Solche oberflächlichen Rechtskenntnisse bergen große Nachteile in sich, denn bekanntermaßen denkt ein nicht durchgebildeter Jurist viel formalistischer als ein Kenner des Rechtes, dem immer der eine oder andere vertretbare Ausweg zur Verfügung steht. So vorteilhaft auch die juristische Vorbildung für den klaren Aufbau der Gedanken ist, so soll man gerade bei einem Politiker die Gefahren, die in einem starren Paracelsusbegriffen liegen, nicht unterschätzen. In man-